



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Der Freiheit Hochzeitslied. *)

Von Robert Seidel.

Ich irrte viele tausend Jahre
Umher und zog von Land zu Land,
Bis ich an Deiner Brust die wahre,
Ersehnte, teure Heimat fand.
Du Proletar, bist mein Erwählter —
Du sprengtest mir die Kettenfesseln —
Du bist in Kämpfen ein Gefährter
Und meine Zuflucht für und für.

Du hast allein für mich gestritten,
Als jeder andre mich verließ
Und hast erduldet und gelitten
Für mich Verbannung und Verließ.
Du kämpfdest gegen Pharaonen
Im alten Pyramidenland
Und strecktest Romas Regionen
Als Triumphator in den Sand.

Du hast aus vielen hundert Bunden
Gebliet für mein Zukunftsreich,
Du wardst gemartert und geschunden
Und machtest doch Kaiser bleich.
Du stiegst die höchsten Scheiterhaufen
Mit heitrem Keckemut hinan
Und bist durch Spieße kühn gelaufen
Für mich die steile Heldenbahn.

Du hast als Bauer mich umworden
Am Rhein, in Schwaben und am Inn,
Bist freudig auch für mich gestorben
Und warfst für mich Dein Bestes hin.
Du brachst die Mauern der Bastille
Und trugst mich in den Sonnenglanz,
Du warbst um mich bei Grabesfülle
Und freitest mich beim Märzentanz.

Es ging ein Sturm durch alle Lande
Im Völkerfrühlingsjahr, im März,
Das Volk zerbrach der Knechtschaft Bande
Und schenkte mir sein ganzes Herz;
Die Schönheit trat an meine Seite
Und drückte mir aufs Haupt den Kranz,
Die Freude gab mir das Geleite,
Und Du — Du führtest mich zum Tanz.

Aun bin ich Dein, Du junger Riese,
Du Heiland einer neuen Zeit,
Du bist der Held, den ich erkiese,
Dir hab ich ganz mein Herz geweiht.
Mit Dir zerreiße ich alle Ketten
Von Lug und Trug, von Gold und Geld,
Und will mit Dir das Volk erretten,
Das arme Volk der ganzen Welt.

Inhalt: Der Freiheit Hochzeitslied. — Der Schutz der jugendlichen Arbeiter. — Aus dem Gau I Rheintal-Westfalen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Rundschau. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Beilage: Gewerkschaftsdemokratie (II. Schluß). — Korrespondenzen (Berlin, Karlsruhe, Wiesbaden). — Literatur.

Der Schutz der jugendlichen Arbeiter.

a. r. Mit dem Schutz der Kinder und jugendlichen Personen gegen das äußerste Maß kapitalistischer Ausbeutung beginnt überall die Arbeiterschutzesegung. Wie seit 1802 in England, zwang auch in Preußen das himmelschreiende Elend wehrloser Fabrikfänger, in dem die Zukunft der arbeitenden Bevölkerung dem Untergang entgegengeführt wurde, zum Eingreifen der Staatsgewalt. Als aus dem rheinischen Industriebezirk gemeldet wurde, daß die Aushebungsbehörden nicht mehr die erforderliche Zahl diensttauglicher Leute aufzubringen vermöchten, erkannte der Staat seine wichtigsten Interessen für gefährdet und damit die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen. Trotzdem dauerte es noch bis 1839, bis eine Verordnung erlassen wurde. Und diese beschränkte sich darauf, die Fabrikarbeit von Kindern unter 9 Jahren zu verbieten und bis zum 16. Lebensjahr die Höchstgrenze auf 10 Stunden zu bestimmen. Dabei fehlte noch jede Vorkehrung zur Durchführung der geringen Schutzmaßregeln. 1845 wurde den Ortsbehörden allgemein der Auftrag erteilt, die nötigen Vorkehrungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu treffen. Aber erst 1853 wurde durch Einrichtung der Fabrikinspektion, freilich nur für die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Arnberg, eine Handhabe für die Verwirklichung des verordneten Schutzes geschaffen. Gleichzeitig wurde die Altersgrenze auf 12 Jahre gesetzt und bis zum vollendeten 14. Jahre die zulässige Zahl der Arbeitsstunden auf 6 bestimmt.

Die übrigen deutschen Staaten blieben selbst hinter diesen bescheidenen Ansätzen erheblich zurück. So wurde mit der Gewerbeordnung von 1869 die preussische Regelung im wesentlichen für den Norddeutschen Bund übernommen und wie diese nachher auf das ganze Reich ausgedehnt. Weitergehende Forderungen waren schon 1867, dann wieder bei Beratung der Gewerbeordnung von sozialdemokratischer Seite gestellt worden: Verbot der Fabrikarbeit, ausgedehnt auf alle Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern, bis zum vollendeten 14. Jahre, achttündige Arbeitszeit bis zum 16. Jahre, obligatorische Gewerbeaufsicht. Sie wurden abgelehnt. Ebenso blieb der im Jahre 1877 eingebrachte Arbeiterschutzesgesetzentwurf, der u. a. die achttündige Arbeitszeit bis zum Alter von 18 Jahren forderte, unerledigt. Und verschiedene Versuche von sozialdemokratischer und bürgerlicher Seite, wenigstens einige Verbesserungen des kümmerlichen Jugendschutzes zu erzielen, scheiterten bis zum Sturze Bismarcks an dessen Widerstand.

Erst die Gewerbeordnungs-Novelle von 1891 brachte einige bescheidene Fortschritte, über die wir auch bis heute nur in wenigen Punkten hinausgekommen sind. Die letzte Veränderung schuf die Novelle vom Dezember 1908, die in den hier in Frage stehenden Bestimmungen am 1. Januar 1910 in Kraft treten wird. Von diesem Tage an wird dieses Gebiet wie folgt geregelt sein: Die Vorschläge erstrecken sich auf die Betriebe, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden (bisher nur auf „Fabriken“), ferner ohne Rücksicht auf die Arbeiterzahl auf Hüttenwerke, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften und Werkstätten der Tabakindustrie (letztere neu); auf Betriebe mit Kraft- (Dampf-, Wind-, Gas- usw.) Maschinenantrieb; auf Bergwerke usw. und unterirdisch betriebene Gruben; desgleichen auf Ziegeleien und oberirdisch betriebene Brüche und Gruben, sofern darin mindestens 5 Arbeiter beschäftigt sind. Auf andere Werkstätten und Bauten (neu) mit weniger als 10 Arbeitern können die Schutzvorschriften durch Verordnung des Bundesrats ganz oder teilweise ausgedehnt werden, auch mit der Beschränkung auf bestimmte Bezirke. In diesen Betrieben gelten folgende Vorschriften:

1. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren oder älterer, die noch volksschulpflichtig sind.
2. Beschränkung der zulässigen Arbeitszeit auf 6 Stunden für Arbeiter von 13, 10 Stunden für solche von 14 und 15 Jahren.
3. Pausen von einer halben Stunde in der sechsständigen, 1 Stunde zu Mittag, je einer halben vor- und nachmittags in der zehnstündigen Arbeitszeit. Bei Verfüzung dieser auf 8 Stunden können die beiden halbstündigen Pausen wegfallen. Während der Pausen darf keine Beschäftigung im Betrieb gestattet werden.
4. Verbot, durch Mitgabe von Arbeit nachhause die zulässige Arbeitsleistung zu erhöhen (neu);
5. Völliges Verbot der Sonntags- und der Nachtarbeit (zwischen 8 — bisher 8½ — Uhr abends und 6 — bisher 5½ — Uhr morgens).
6. Ruhezeit von 11 Stunden zwischen je zwei Arbeitstagen (neu).

Diese Vorschriften können jedoch durch eine Reihe von Ausnahmegestimmungen, zu deren Erlass der Bundesrat befugt ist, durchbrochen werden. So kann für Betriebe mit ununterbrochenem Feuer oder sonstiger Notwendigkeit regelmäßiger Tag- und Nachtarbeit Beschäftigung in den Nachtstunden zugelassen und für männliche Jugendliche die elfstündige Ruhepause verkürzt werden. Jedoch darf die wöchentliche Gesamtarbeitszeit für Kinder (unter 14 Jahren) 36, für „junge Leute“ (unter 16 Jahren) 60 Stunden nicht überschreiten. Demzufolge hat der Bundesrat für Ziegeleien eine Arbeitszeit von 11, in Feldbrandziegeleien (ohne ständige Anlage) oder solchen mit nur einem Ofen gar von 12 Stunden zugelassen, soweit Saisonbetrieb vorliegt. Diese lange Arbeitszeit darf gar in die Zeit von 4½ Uhr früh und 9 Uhr abends gelegt werden. Ferner dürfen jugendliche Hüttenarbeiter, die auf preussischen, elsasslohringischen oder

*) Wir entnehmen dieses Gedicht der Sammlung, die unter dem Titel: „Wichtigste und Zukunftsfragen“ von Robert Seidel, im Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, erschienen ist. Preis gebunden Mark 2,50.

badischen Steinkohlenbergwerken überirbisch beschäftigt sind, zwischen 5 Uhr morgens und 11 Uhr abends zur Arbeit herangezogen werden, sofern die Arbeitsschicht einschließlich der Pausen nicht mehr als 8 Stunden beträgt.

Handelt es sich hier in der Hauptsache um größere Betriebe, so ist durch § 120 c O.D. den Unternehmern ohne Unterschied die Pflicht auferlegt, bei Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind. Und durch § 120 d ist den Polizeibehörden für einzelne Betriebe, durch § 120 e dem Bundesrat und innerhalb ihres Gebietes den einzelstaatlichen Verwaltungsbehörden für ganze Betriebsarten die Befugnis erteilt, Vorschriften zur Durchführung der allgemeinen Grundzüge des Arbeiterschutzes zu erlassen. Für solche Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, kann durch Beschluß des Bundesrats Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben werden. Auf Grund dieser Befugnis hat der Bundesrat für eine Reihe von Gewerben Verordnungen erlassen.

So dürfen Jugendliche unter 18 Jahren mit dem Anreiben trockener bleihaltiger Farben, unter 16 Jahren mit Einrichtungen bei der Herstellung elektrischer Akkumulatoren, die sie mit Blei in Verbindung bringen, nicht beschäftigt werden. Sie dürfen bei der Herstellung von Alkalichromaten nicht in Räumen oder bei Vorrichtungen beschäftigt werden, bei denen sie mit Chromaten in Berührung kommen; ebensowenig in Destillationsräumen oder beim Abräumen der Asche in Zinkhütten oder in Räumen, in denen Thomaschlacke eingebracht wird. Die Beschäftigung Jugendlicher unter 18 Jahren beim Vulkanisieren von Gummiwaren mittels Schwefelkohlenstoffes u. ä. ist verboten. Ferner ist eine Reihe von Beschränkungen vorgeschrieben für Glashütten und Glasschleifereien, bestimmte Arbeiten in Zuckerraffinerien, Walz- und Hammerwerken, die Bearbeitung von Tierhaaren, Lumpen u. dergl., in Steinbrüchen, bei staubzeugenden Steinhauerarbeiten, besonders schweren Arbeiten in Ziegeleien usw.

Zur Verhütung von Gefahren überlanger Arbeitszeit sind Bestimmungen getroffen zugunsten der Lehrlinge in Bäckereien und Konditoreien (regelmäßige Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden im ersten, 11 im zweiten Lehrjahr mit Ruhezeiten von 9 bzw. 10 Stunden); in Getreidemühlen (Verbot der Nachtarbeit) und in Gast- und Schankwirtschaften (neunstündige Ruhepause, Ruhezeit von 24 Stunden in jeder dritten, in Städten über 20 000 Einwohner jeber zweiten Woche, in den anderen Wochen sechsstündige Freizeit an einem Tage, Verbot der Nachtarbeit zwischen 10 und 6 Uhr).

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß durch Ortsstatut für Arbeiter unter 18 Jahren (bisher nur für männliche und für Handlungsgehilfen beider Geschlechter) die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule eingeführt werden kann. Wo dies geschehen ist, muß vom Unternehmer die zum Besuch der Schule erforderliche Zeit freigegeben werden. Dasselbe gilt für Jugendliche hinsichtlich des vom Geistlichen anberaumten Konfirmations-, Weid-, und dergl. Unterrichts. Natürlich kann die Fortbildungsschulpflicht auch durch Landesgesetz allgemein eingeführt werden, was in den südwestdeutschen und mehreren mitteldeutschen Staaten geschehen ist.

Der Schutz der heranwachsenden Jugend gegen den Raubbau des kapitalistischen Systems ist eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialpolitik. Ist darum der konsequente Ausbau des heutigen unzureichenden und zerstückelten Jugendschutzes eine der wichtigsten politischen Pflichten, so ist noch dringlicher die Sorge für strenge Durchführung der vorhandenen Schutzvorschriften. Parteivertreter wie Gewerkschaften finden daher hier eine ebenso bringende wie lohnende Aufgabe. Die Zukunft der Menschheit liegt begründet in der gefunden Entwicklungsfähigkeit des aufwachsenden Geschlechts. Die planmäßige Ueberwachung und

Fortbildung des Jugendschutzes ist eine besonders würdige Pflicht der Arbeiterbewegung.

Aus dem Gau I Rheinland-Westfalen.

Wer einmal Gelegenheit hatte, in den Gefilden des industriereichen Westdeutschland Agitation für unseren Verband zu betreiben, den Organisationsgedanken in die Reihen der Kollegenschaft zu tragen, dem wird so manche Enttäuschung widerfahren und er zu der Erkenntnis gekommen sein, daß neben den äußerlichen Schwierigkeiten, die sich der Agitation entgegenstellen, sich noch weit größere anreihen, welche nur in den rheinisch-westfälischen Industriezentren vorhanden sind. Deren Ursachen finden im rheinischen Volkscharakter ihre Begründung. Im Banne der Religion und in veralteten Anschauungen zur Demut und Unterwürfigkeit erzogen, ist die Kollegenschaft gezwungen, unter den traurigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Aber trotz solcher maßlosen Ausbeutung sind sie nie um Ansleben verlegen, um ihren Indifferentismus und das Fernbleiben von Versammlungen begründen zu können. Der Kölner Carneval — die Faschingszeit — während welcher sich eine Agitation von selbst verbietet, veranlaßte mich in verschiedenen Orten, wo dieser „kulturfördernde“ Faschingsrummel nicht solche Dimensionen annimmt, Agitation zu entfalten, überall da, wo schon früher Zahlstellen bestanden und heute nur noch, mit Ausnahme einer einzigen, ihre Existenz mit verschwindend kleinen Mitgliederzahlen trift. So wandte ich mich am 15. und 16. Februar zunächst nach Barmen und Elberfeld. Mit bereitwilligster Unterstützung seitens der Buch- und Steinbruder, die durch Verteilung der Flugblätter und Einladungen die Vorarbeiten in dankenswerter Weise erledigt hatten, fand am 15. eine Versammlung in Elberfeld statt. Aber leider wurde der bringende Aufruf von unserer, dem Verbands noch fernstehenden Kollegenschaft nicht in dem Maße beachtet, wie man es unter den gegebenen Verhältnissen erwarten durfte. Obwohl ja die Mitglieder und einige Buch- und Steinbruder erschienen waren, war es daher nur möglich, den Anwesenden in kurzen Umrissen die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, unter welchen ganz besonders die Elberfelder Kollegenschaft zu leiden hat, vor Augen zu führen, sie aber auch gleichzeitig ermahnen, nicht zu erlahmen, sondern mit verstärktem Nachdruck und unermüdbarer Agitation für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen.

Wie in Elberfeld, so ließ auch in Barmen der Besuch der Versammlung viel zu wünschen übrig. Nur einige Kollegen waren sich ihrer traurigen Lage bewußt, die denn auch ihren Beitritt vollaßen. Es wird daher auch in diesen beiden Städten der ausgiebigsten Kleinarbeit bedürfen, um die Kollegenschaft aus ihrem Gleichmut und ihrer Jagdsittigkeit aufzurütteln, damit auch hier der schmachlichsten Ausbeutungsfucht der Rehrtraus gemacht werden kann.

Mit weit größeren Erwartungen trat ich am 28. Februar eine größere Agitationstour nach Essen, Bochum, Dortmund und Hagen an. Noch am selben Abend fand eine gut vorbereitete, jedoch der stattlichen Mitgliederzahl entsprechend schlecht besuchte Versammlung statt. Der schöne Sonntag und die Verlegung des Lokales mochten wohl die Veranlassung zu dem minimalen Besuch sein, sodas die im Anschluß an die öffentliche Sitzung folgende Generalversammlung vertagt werden mußte. Aber die Kollegenschaft mußte sich doch klar darüber sein, daß solche Lauheit und Interessenlosigkeit nicht dazu angetan ist, die Arbeitsfreudigkeit der Verwaltungsmitglieder zu heben, daß es vielmehr Pflicht eines jeden Mitgliedes sein muß, nicht nur bei Festlichkeiten, sondern auch bei der Beratung ernster Berufs- und Organisationsfragen teilzunehmen, die dazu dienen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Anstatt auf diese Weise dem Gesamtwohl und ihren eigenen Interessen zu dienen und die Ausbreitung der Organisation zu fördern, stellen sich die Kollegen und Kolleginnen abweis, als ob auf diese Weise bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. Aber auch jener Kollegen des General-Anzei-

gers sei gedacht, die in arger Verrennung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihres „idealen“ Arbeitsverhältnisses es für wichtiger erachten, dem Verband den Rücken zu kehren und einen Club „Fidele Nachtsicht“ gründeten. Diese „Gründung“ gelber Couleur, die keine anderen Ziele kennt, als sich durch gegenseitige Vernunft über die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinwegzutäuschen, sie muß und kann nur schädigend für die Kollegenschaft wirken. Sind die Löhne der Kollegen des „G.-A.“ nicht gerade als glänzende zu bezeichnen, so muß es der dort beschäftigten Kollegenschaft erst recht ein Ansporn sein, in der nur einzig ihre Interessen wahren Organisation zu verbleiben, bezw. derselben beizutreten, mitzuarbeiten an deren Ausbreitung, damit unter der Parole der Einigkeit und Geschlossenheit die Auswüchse des ganzen Ausbeutungssystems beseitigt und an deren Stelle bessere und menschenwürdige Zustände Platz greifen können. Hoffen wir, daß auch bei jenen Kollegen die Vernunft — durch nüchterne Ueberlegung — zum Siege gelangt, wodurch sie begreifen lernen werden, daß es nur durch eine starke und feste Organisation möglich ist, das erstrebte Ziel zu erreichen. Möge es daher die neuzuwählende Verwaltung und die gesamte Kollegenschaft auch für die Zukunft nicht an der nötigen Kleinarbeit fehlen lassen; dann wird es bei intensiver Agitation ein Leichtes sein, den jetzigen Mitgliederbestand nicht nur zu behaupten, sondern auch noch weitere Fortschritte der Organisation zu können.

Bochum, wo ich für Montag eine Versammlung einberufen hatte, zeigte dasselbe Bild wie Barmen. In anerkennenswerter Weise war von Herr Buchbruder W. durch Verteilung der Einladung und Flugblätter an sämtliche Druckereien eine ausgiebige Propaganda gemacht worden. Aber leider wurde auch hier die Einladung nur von wenigen Kollegen und Kolleginnen befolgt, die denn auch ihren Beitritt erklärten. Besonders unangenehm berührte es aber die Anwesenden, daß es selbst die Mitglieder aus der Bergarbeiterzeitung nicht für notwendig hielten, die Versammlung ihrer Organisation zu besuchen. Kollegen und Kolleginnen, die sich in solch unabhängiger Stellung befinden, hätten gerade alle Ursache, sich an dem Verbandsleben recht rege zu betätigen. Nicht nur deshalb, um von den anderen nur als zahlende, sondern auch als tätige Mitglieder betrachtet und demgemäß eingeschätzt zu werden. Hoffen wir, daß dieser Hinweis genügt, damit in Zukunft etwas mehr Gewerkschaftsinteresse Platz greift. Aber auch die anwesenden Buchbruder waren einmütig der Ansicht, daß es ebenfalls Aufgabe der gelehrten Arbeiter sein müsse, hier selbst einzugreifen und versicherten, zu tun was in ihren Kräften steht.

Erfreulicher war ein weit besseres Resultat ergab die Versammlung am Dienstag in Dortmund, die vornehmlich von Kolleginnen besucht war. Mit 20 Mitgliedern konnte zur Gründung der Zahlstelle geschritten werden. Die gleichzeitig erfolgte Wahl der Verwaltung ergab, daß Kollege Ruhr als Vorsitzender und Kollege Lehr als Kassierer gewählt wurde. Nach diesem Ergebnis und dem guten Verlauf der Versammlung habe ich die Ueberzeugung, daß es den Kollegen, die schon ältere Gewerkschaftler sind, gelingen wird, die Zahlstelle nicht nur zu halten, sondern es auf eine weit höhere Mitgliederzahl bringen werden. Aber auch die übrigen Kollegen und Kolleginnen müssen sich ihrer Pflicht bewußt sein, die Verwaltung in jeder Hinsicht zu unterstützen, nicht zu ruhen und zu rasten, sondern in den Kollegenkreisen für die Organisation zu wirken und aufklärend zu wirken. Dann wird es nicht lange dauern, daß sich auch die Dortmunder Kollegenschaft den übrigen Zahlstellen als ebenbürtig zur Seite stellen kann.

Von Hagen, das den Schluß meiner Agitationstour bilden sollte, war ich auf mehrmaliges Schreiben ohne Antwort geblieben, sodas für diesmal eine Versammlung der dortigen Hilfsarbeiter-schaft unterbleiben mußte.

Obgleich ich bei dieser Agitation so manche bittere Enttäuschung erleben mußte, so bin ich doch davon überzeugt, daß diese Arbeit getan werden muß, um dieses weitverzweigte Gebiet, in welchem auch die Schmutzkonturrenz so manche Blüten zeig-

tigt, für unseren Verband erschließen zu können. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß es noch sehr vieler rastloser Arbeit und mancher Opfer bedarf, um das zu schaffen, was zur Erringung besserer Verhältnisse von Nöten ist. Beachtenswert ist hierbei ferner die alles Maß übersteigende Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte, wofür Köln mit seinen größten Druckereien des ganzen Landes als typisches Beispiel gilt. Das hier zu behandeln würde zu weit führen, soll aber bei passender Gelegenheit nachgeholt werden.

Fassen wir alle die Schwierigkeiten zusammen und schrecken wir vor der, wenn auch mühevollen, Arbeit nicht zurück, dann wird und muß es uns gelingen, für die Kollegenchaft das zu erringen, was schon seit Jahren in anderen Städten Deutschlands zur Einführung gelangte. Darum auf, Kollegen und Kolleginnen! Helft wo Ihr nur könnt, stehe ein jeder auf seinem Posten und tue seine Pflicht. Zeigt Mut und Ausdauer; versagt nicht, wenn auch die Erfolge der Agitation noch nicht das gewordene sind, was wir erhofften. Nützt die Gleichgiltigen auf, die unseren Bestrebungen, wenn nicht noch feindselig, so aber doch interesselos gegenüberstehen! Nehmt Euch ein Beispiel an den übrigen Zahlstellen, die einstmal klein in ihren Anfängen, sich aber nach Jahren zu ganz bedeutenden Nachfaktoren entwickelt haben. Denen ist es vermöge ihrer starken Mitgliederzahl gelungen, auch die Hilfsarbeiterschaft als gleichberechtigten Kontrahenten bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Anerkennung zu bringen. Dadurch ist es ihnen in all den Städten, wo die Kollegenchaft gar bald den Wert unserer Organisation und den starken Schutz, den sie in dieser finden, erkannten, gelungen, mit den Prinzipalen Tarifverträge zum Abschluß zu bringen. Diese brachten ihnen die gleiche Arbeitszeit wie die der Gehilfen, sowie Feiertagsbezahlung, erhöhten Aufschlag für Ueberstunden und Nacharbeit. Aber insbesondere auch Lohnhöhungen, die auf Jahre hinaus mit steigender Aufbesserung gesichert sind. Wo die Bewerterung der Arbeitskraft nicht nach Belieben des einzelnen Unternehmers, sondern nach den mit der Organisation vereinbarten Grundsätzen zu erfolgen hat. Das ebenfalls zu erreichen muß unsere Richtschnur sein. Darum nochmals: Agitiert, organisiert, werbt aller Orten für Eure Organisation. Denn jeder schneidet sich ins eigene Fleisch, der nicht mithilft an der Verbesserung der Verhältnisse.

Cöln a. Rh.

D. Krumpfert.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresabschlüsse unserer Großbanken — Das Wachstum der Deutschen Bank — Die Reichsbank im Jahre 1908.

In rascher Aufeinanderfolge haben während der letzten Zeit die bekannten namhaftesten deutschen Großbanken ihre Abschlüsse für das Jahr 1908 veröffentlicht.

Grund zu Klagen haben wahrlich diese Banken samt und sonders nicht. Die deutsche Bank mit ihren 200 Millionen Mark Aktienkapital (und 101,88 Millionen Mark Reservefonds) gibt, wie in den vier letzten Vorjahren, 12 pCt. Dividende. Die Diskontogesellschaft mit 170 Millionen Mark Kommanditkapital (und Reservefonds im Gesamtbetrage von 57,59 Millionen Mark) schüttet zum vierten Male hintereinander eine Rate von 9 pCt. aus. Die Dresdener Bank mit 180 Millionen Mark Aktienkapital (und 41,8 bzw. 51,5 Millionen Mark Reservefonds) gibt 7½ pCt., gegen nur 7 pCt. für das Jahr 1907. Der A. Schaaffhausensche Bankverein, der seit dem 1. Januar 1909 wieder ganz außer Verbindung mit der Dresdener Bank steht, kündigt wie im Vorjahre 7 pCt. Dividende an, bei 145 Millionen Mark Aktienkapital (und 24,86 bzw. 34,16 Millionen Mark Reservefonds). Die Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) hatte 1907 infolge starker Einbußen an ihrem Wertpapierbestand und an ihren Beteiligungen etwas außergewöhnlich Haare lassen müssen, so daß sie wohl oder übel ihre Dividende von 8 auf 6 pCt. fallen ließ; diesmal gibt sie aber, bei einer recht ansehnlichen inneren Kräftigung, wiederum 6 pCt., bei einem Aktienkapital von 154 Millionen Mark (und 30¼ Millionen Mark Reservefonds). Die Hamburger Kommerz- und Diskontobank schlägt, wie im Vorjahre, 5½ pCt. Dividende vor, bei 85 Millionen Mark Aktienkapital (und 8,5 bzw. 12,7 Millionen Mark Reservefonds). Die Nationalbank für

Deutschland hat den Rückgang im Bruttogewinn, den das Jahr 1907 brachte, bereits 1908 wieder ausgeglichen; der Reingewinn steht bereits um etwa 700 000 Mk. höher, sobald die Dividende abermals auf 6 pCt. sich stellen wird, bei 80 Millionen Mark Aktienkapital (und 11,22 bzw. 12,82 Millionen Mark Reservefonds). Endlich reiht sich noch die Berliner Handelsgesellschaft mit ihrer eigenartigen Leistungsfähigkeit an; sie bringt wie im Vorjahre 9 pCt. Dividende für das am 31. Dezember 1908 noch gewinnberechtigende Kommanditkapital von 100 Millionen Mark — das Unternehmen hat im Vorjahre sein Kapital weiter auf 110 Millionen Mark erhöht, seinen Reservefonds in außerordentlicher Weise sogar von 30 auf 34¼ Millionen Mark.

Es wiederholt sich hierbei die Erfahrung, daß Zeiten der Krisis, bei mancherlei unlegbaren und unvermeidlichen Rückschlägen, dennoch den Banken vielerlei Sonder Vorteile zu bringen pflegen, und im Jahre 1908 neigte sich die Waagschale sogar nach der überwiegenden Seite der Vorteile. Fast alle Berichterstattungen konstatieren zwar infolge des gesunkenen Zinsfußes und auch der flauen Inanspruchnahme geringere Erträge im Wechselkurskontogeschäft und verminderte Einnahmen an Kontokorrentzinsen. Dafür gewann aber der Börseverkehr, im Vergleich zum Jahre 1907, durch die größere Geldflüssigkeit; die festverzinslichen Werte (in und ausländische Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Obligationen) hoben sich ganz wesentlich in der Höhe, lange zurückgehaltene Bedarfe der Gewerbe und öffentlichen Körperschaften kamen in der Steigerung der Emmissionen zum Ausdruck. Für die Banken bedeutete das eine Festigung und Verbesserung ihrer Stellung durch entsprechend vermehrte Provisionen, durch Abstoßung älterer Wertpapierbestände mit ansehnlichem Gewinne gegen die alten niedrigeren Buchwerte, durch Beteiligungsgewinne. Selbst die vorjährige Zinsförmigkeit braucht man noch gar nicht einmal als Gewinnshmälerung zu betrachten, denn vielfach scheinen die Banken einen Ausgleich darin gesucht und gefunden zu haben, daß sie beispielsweise die eigenen Zinsförmigkeiten für die bei ihnen eingezahlten Depositionsgelder viel stärker herunter brachten, wie die von den Bankschuldnern zu entrichtenden Zinsen.

Um eine Vorstellung von der riesenhaften Entwicklung und Tätigkeit dieser modernsten Großbanken zu geben, seien einige weitere kennzeichnende Ziffern für die mit dem größten Eigenkapital ausgerüstete Deutsche Bank herausgegriffen. Die Zahl ihrer Beamten ist im Berichtsjahre von 4439 auf 4860 gestiegen. Die Zahl der geführten Konten belief sich am Jahreschlusse auf 230 203 gegen 212 214 Ende 1907. Während des Berichtsjahres gingen bei der Zentrale an Wechseln ein und aus 3 579 967 Stück im Gesamtbetrage von 15 651,47 Millionen Mark. Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzte sich zusammen aus: Staats- und Kommunalpapieren in 92 Gattungen 39 376 005,28 Mk. Deutschen Pfandbriefen in 43 Gattungen 4 908 109,12 „ Eisenbahn-Obligationen in 16 Gattungen 730 180,31 „ Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien in 133 Gattungen 8 084 205,91 „ Obligationen industrieller Unternehmungen in 47 Gattungen 2 505 961,88 „ Diverfen 78 657,93 „

Zusammen sind das 55,68 Millionen Mark wertiger Effekten. Dazu gestellt sich alsdann das Konfortialkonto mit zusammen über 86,84 Million. Mark. Dieses Konto setzte sich am Jahreschlusse, bei Zentrale und Filialen, folgendermaßen zusammen:

44 Beteiligungen an Staats- und Kommunalanleihen und Eisenbahn-Geschäften mit	9 789 945,88 Mk.
132 Beteiligungen an Aktien und Obligationen verschiedener inländischer Gesellschaften mit	19 892 542,90 „
108 Beteiligungen an dergleichen ausländischer Gesellschaften mit	3 361 873,49 „
16 Beteiligungen an Grundstücks-geschäften mit	3 796 767,02 „

Selbst die jungtürkische Revolution muß diesem Riesenschwollen neue Arme angliedern: „Wichtige Umwälzungen haben sich in der Türkei vollzogen. Wir hoffen, daß die Einführung freier Grundbesitz und Anschaffungen einen frischeren Zug in die so lange niedergehaltene wirtschaftliche Entwicklung der Türkei bringen werde; dem neuen Regime haben wir seit dem Bestehen wiederholt finanzielle Unterstützung geliehen, teilweise gemeinsam mit französischen und englischen Gruppen. Um unsere Stellung in der Türkei zu verfestern, hat unser Ausschichtsrat gegen Ende des Berichtsjahres beschlossen, eine Filiale der Deutschen Bank in Kon-

stantinopel zu errichten, welche im Laufe des neuen Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen soll.“ Die Gesamtumsätze der Deutschen Bank schwollen, in 1000 Millionen, in folgender Weise an:

1897 37,91 Milliarden Mk.	1908 59,64 Milliarden Mk.
1898 44,89 „	1904 66,89 „
1899 50,77 „	1905 77,21 „
1900 49,77 „	1906 86,59 „
1901 51,81 „	1907 91,61 „
1902 56,78 „	1908 94,47 „

Fast hausbacken nüchtern erscheint dagegen der Abschluß der Reichsbank, die bei aller unbestreitbaren Höherentwicklung ihren gesetzlich und tatsächlichen festgelegten Tätigkeitsbereich einhalten muß. Die großen Einzelveränderungen während des Jahres glauben wir früher genigend hervorgehoben zu haben. Es seien daher nur noch einige Durchschnittsberechnungen und Vergleiche mitgeteilt. Die Gesamtumsätze, bei der Hauptbank und den einzelnen Bankanstalten zusammen, wuchsen von 298 997 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 305 244 Millionen Mark im Jahre 1908. Der durchschnittliche Diskont betrug 4,764 pCt., gegen 6,033 pCt. im Jahre 1907 mit seiner Panik am Jahreschlusse. Die steuerfreie Notengrenze ist 14-mal überschritten worden, während es 1907, im Jahre der Höchstanspannung, 25 mal geschah. Der Metallbestand belief sich Ende 1908 auf 980,14 Millionen Mark, Ende 1907 nur auf nicht ganz 704,18 Millionen Mark. Die Metallbedeckung der umlaufenden Noten betrug 1908 durchschnittlich 66,86 pCt., 1907 dagegen nur 57,03 pCt. Die Entspannung ist also eine starke. Die Zahl der Girokontoinhaber betrug am Jahreschlusse 24 821, gegen 23 965 am Schlusse 1907. Zweiganstalten bestanden 1908: 487, also 9 mehr wie vor einem Jahre. Die Hauptposten der Abrechnung stellten sich während der letzten vier Jahre, in denen das Aktienkapital 180 Millionen Mark betrug:

	1908 Mk.	1907 Mk.	1906 Mk.	1905 Mk.
Bruttogewinn	65 614 595	82 550 413	64 205 920	45 247 285
Ausgaben	28 578 162	30 263 762	23 948 012	19 840 917
Reingewinn	37 036 432	52 286 651	40 262 908	25 406 367

Von letzterem wurden gewährt an die Reichskasse 23 052 924 34 510 238 25 472 181 14 329 776 Aktionäre 13 993 419 17 803 411 14 790 727 11 070 000 als Divid. 7,77 Proz. 9,88 Proz. 8,22 Proz. 6,15 Proz.

Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß vom gesamten Reingewinn der Reichsbank zunächst 3½ pCt. Dividende, gleichsam als verbürgter Mindestgewinn, den Aktionären auf ihr Kapital verrechnet werden, und alsdann vom verbleibenden Ueberschuß nochmals ¼ den Aktionären, ¼ dem Reiche. Auf zweifelhafte Forderungen wurden 1908 1 191 103 Mark reserviert, gegen 2 706 548 Mark im Vorjahre. Der Geist des Faktors Grümenthal ist noch immer nicht zur Ruhe gelangt: Für nachträglich entdeckte Banknotenfälschungen sind abermals 316 000 Mk. vom Gewinn abgesetzt worden, im ganzen also bisher 1 927 000 Mk.

Berlin, 7. März 1909.

Max Schippel.

Rundschau.

Unsere Zahlstelle Hamburg-Altona-Wandsb. hat soeben ihren Jahresbericht für das Jahr 1908 herausgegeben. Leider gibt derselbe kein allzu erfreuliches Bild von den Hamburger Organisationsverhältnissen unter unserer Kollegenchaft. Die Mitgliederzahl ging von 841 am Schlusse des Jahres 1907 auf 683 am Ende des Berichtsjahres zurück. Der Bericht, konstatiert, daß zwar die Zahl der männlichen Mitglieder nicht nennenswert zurückgegangen ist, jedoch der Abfall der weiblichen auf 398 als ein sehr beklagenswerth bezeichnet werden muß. Es ist nicht zu verkennen, daß sich die Verwaltung die erkenntliche Mühe gab, der Fluktuation einen Damm entgegenzusetzen, ist es doch gelungen, im Laufe des Jahres 213 Neuaufnahmen zu machen. Die wirtschaftliche Depression sowohl wie die neuen Steuerentlastungen, die ihre Schatten vorauswerfen, bedingen eine große Arbeitslosigkeit, durch welche namentlich die Arbeiterinnen im Steindruckereibetriebe gezwungen werden, in anderen Berufen Unterkunft zu suchen, wodurch sie meistens der Organisation verloren gehen. Bewauerlich ist auch die Kürzlichkeit jüngerer Arbeiterinnen, die den Agitationsversuchen ständig entgegenhalten, daß sie ja nach Tarif entlohnt werden, daher die Organisation nicht mehr brauchen. Sie vergessen, daß ohne die Organisation im Jahre 1907 es nicht möglich gewesen wäre, in Hamburg tarifliche Bestimmungen zur Einführung zu bringen und haben kein Ge-

fühl für das beschämende ihrer Handlungsweise, die sie zu Schmarozern an den Errungenschaften ihrer organisierten Kollegenschaft macht. Auch die Zattigkeit der Unternehmer, an Stelle älteren, besser bezahlten Personals jüngere Kräfte zu Minimallohnsätzen einzustellen, findet in dem Bericht Erwähnung und es wird sehr darüber Klage geführt, daß die Kollegenschaft von der Einrichtung der Tarifschiedsgerichte so gut wie keinen Gebrauch macht. Ja selbst Preisunterbietungen von 1-2,50 Mark unter die Tarifsätze gelangen nicht zur Anzeige, ein Beweis, daß es noch vieler Aufklärung unter den Kolleginnen Hamburgs bedarf, bis sie begreifen, daß sie durch ihre Interesslosigkeit sich selbst schädigen und an der Gesamtheit ein Verbrechen begehen. Ueber die Arbeitslosigkeit bringt der Bericht in einer übersichtlichen Tabelle die entsprechenden Zahlen, betont aber nachdrücklich, daß durch das Bestehen eines Innungsabweises neben dem Verbandsnachweis das wirkliche Bild verfehlert wird. Es haben sich auf unserem Nachweis 571 Arbeitslose gemeldet. Von 321 gemeldeten Stellen konnten jedoch nur 262 besetzt werden.

Ein Teil der Arbeitslosen wurde von dem genannten Innungsnachweis vermittelt. Es ist dieses ein unhaltbares System und es wird Sache der Hamburger Ortsverwaltung sein, dem Zustand so schnell wie möglich ein Ende zu machen. Der Rechnungsabluß ergibt einen Bestand von 1470,69 M. in der Ortskasse. An Arbeitslosenunterstützung wurden inkl. Ortszuschlag 4246,95 Mark ausbezahlt, an Krankenunterstützung 1284,75 Mark.

In dem Bericht wird u. a. auch die Tätigkeit des angestellten Beamten aufgezählt und erwähnt, daß trotz des Beschlusses einer Vertrauensmännerversammlung, der besagt, daß die Vertrauenspersonen die in ihren Betrieben kassierten Beiträge im Bureau abzurechnen haben, nur sehr wenige diesem Beschlusse Rechnung getragen haben. Der Beamte hat also neben der Verwaltung des Arbeitsnachweises, der Agitation und der Erledigung der Bureauarbeiten (Korrespondenz usw.) sowie dem Hauskassieren bei den Einzelmitgliedern auch noch von den Druckereikassierern die Beiträge einzuholen. Uns wundert bloß, daß er nicht auch noch die Unterstützungen den Mitgliedern ins Haus bringen muß. Wir glauben doch, daß hier seitens der Kollegenschaft zu viel Opfermut von dem Verwaltungsbeamten verlangt wird.

Dies gilt auch von der Abhaltung der Vertrauenspersonensitzungen, deren im Berichtsjahre nur 3 stattfinden konnten, weil, wie der Bericht betont, die durch Entschädigungen verursachten Kosten zu bedeutende wären. Wir sind mit dem Berichterstatter einer Meinung, wenn er den Wunsch ausdrückt, „die Entschädigung für diese Sitzungen muß sich auf anderem Wege als dem bisherigen gestalten lassen.“ Hier gibt es nur einen Weg und das ist der, daß die Kollegenschaft eines Betriebes für die Spesen ihrer Vertrauensperson aufkommt, die ihre Interessen zu vertreten hat und in ihrem Auftrag an den Sitzungen teilnimmt. Hoffen wir, daß der Bericht, dem auch ein Gauberricht Klarner's (siehe „Schwerner Brief“ in Nr. 10 der „Soli“) beigefügt ist, seine Wirkung nicht verfehlt, so daß über das Jahr 1909 unsere Hamburger Zahlstelle besser berichten kann.

Berlin. Die Leitung des Gesangsvereins „Solidarität“ erlucht uns um Aufnahme folgender Zeilen, denen wir gerne Raum geben, da der aufstrebenden Vereinigung unserer langstündigen Berliner Kollegen ein Erfolg ihrer Bestrebungen im Allgemeininteresse zu gönnen ist.

Fürsümlerweise ist durch einen Druckfehler in dem im Mitteilungsblatt der Zahlstelle Berlin enthaltenen Inserat des Männergesangsvereins „Solidarität“ der Tag für das stattfindende Konzert als Sonnabend angegeben; es muß aber: Sonntag, den 21. März, heißen. Hoffentlich wird durch dieses Versehen eine Schädigung nicht herbeigeführt, denn bei der Reichhaltigkeit des diesmaligen Programms und mit Rücksicht auf die in letzter Zeit gemachten Fortschritte in gelunglicher Beziehung glaubt der Gesangsverein „Solidarität“ der Berliner Kollegenschaft einen genussreichen Abend versprechen zu können.

Wahl der Vertreter in den Organen der Invalidenversicherung. Falls nicht noch in diesem Jahre eine wesentliche Aenderung des Invalidenversicherungsgesetzes erfolgt (was kaum möglich ist), so haben demnächst wieder die Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gemäß §§ 87-91 des Gesetzes stattzufinden. Die erste Tätigkeitsperiode dieser Vertreter dauerte von Anfang 1900 bis Ende 1904. Die zweite dauert

von 1905 bis Ende 1909. Am 1. Januar 1910 wird die dritte ihren Anfang nehmen.

Zunächst sind nach § 61 V.V.G. für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten — solange nichts anderes von der Landeszentralbehörde bestimmt wird, je 4 aus jeder der beiden Klassen — zu wählen. Wahlberechtigt sind die Vorstände der im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs- und Knappschaftskrankenkassen sowie derjenigen freien Hilfskassen, denen die im §§ 75a des Krankenversicherungsgesetzes vorgezeichnete Bescheinigung erteilt ist und deren Gebiet sich nicht über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde hinaus erstreckt. Für die invalidenversicherungspflichtigen Personen, die keiner dieser Krankenkassen angehören, üben die Gemeindebehörden das Wahlrecht aus.

Aufgabe dieser Vertreter ist u. a. die Begutachtung solcher Rentenansprüche, deren Ablehnung beabsichtigt ist, und die Aussprache über Entziehung der Rente. In Preußen sind neuerdings durch eine „Anweisung betr. das Verfahren vor den unteren Verwaltungsbehörden in Invalidenversicherungsangelegenheiten“ diese Rechte der Vertreter sehr beschränkt worden. Weiter steht ihnen die Wahl der Vertreter für den Ausschuss der Versicherungsanstalt zu; mindestens 5 Vertreter jeder Arbeitgeber und der Versicherten. Die Wahlordnung wie die Abgrenzung der Wahlbezirke wird von der Landeszentralbehörde bestimmt. In Preußen wurde diese Wahl von den neugewählten, erst am folgenden 1. Januar ihr Amt antretenden Vertretern im November durch Einsendung ausgefüllter Stimmzettel an den Wahlkommissar vorgenommen. In einigen anderen Staaten ließ man die alten Vertreter noch die Wahl vornehmen. Vielleicht beiseitigt der Reichskanzler diesmal diese Verhältnisse, die sich in Bayern und Württemberg sogar auf die einzelnen Verwaltungsbezirke erstreckt.

Der Ausschuss der Versicherungsanstalt wählt die Vertreter der beiden Gruppen in den Vorstand, die Beisitzer für die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und die Vertreter der Versicherer zur Mitberatung der Unfallberühungsvorschriften. Die Schiedsgerichtsbeisitzer wählen wieder die Vertreter bei den Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt: eine Säufung und Verwicklung der Wahlverfahren, wie sie schlimmer kaum gedacht werden kann. Hier muß bei Reform der Arbeiterversicherung unbedingt Wandel geschaffen werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb ein klares und einfaches Wahlverfahren, wie es für die Gewerbegebiete besteht und voraussichtlich auch für die Arbeitskammern gelten wird, für die Arbeiterversicherung ungeeignet sein sollte.

Trotz dieser Verworrenheit des Wahlverfahrens müssen die Arbeiter der Wahl die größte Aufmerksamkeit schenken. So beschränkt auch die Rechte der Versicherten in der Invalidenversicherung sind, müssen sie doch von der Arbeiterschaft benützt werden, um nach Möglichkeit den Bürokratismus und die Engbergigkeit aus der Verwaltung der Versicherung zu vertreiben. Dazu gehören tüchtige und ihrer Aufgabe gewachsene Vertreter der Versicherten. Hierfür am bedeutungsvollsten sind aber die Wahlen der Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden. Sind sie doch die Urwähler für die ferneren Wahlgänge. Entsprechen sie nicht den Anforderungen, so wird man auch von den weiteren Wahlen kein besseres Ergebnis erwarten können.

Wie Vertreter nach dem Herzen der Behörden aussehen, wurde uns einmal deutlich, als uns ein amtliches Protokoll über eine Verhandlung mit Vertretern in einer Rentensache zu Gesicht kam. Da stand, neben einer Reihe von selbstverständlichen Dingen vorgebracht: „Der Vertreter der Arbeitgeber erklärte:“ (dann Raum für die Erklärung). Danach (vorgebracht): „Der Vertreter der Versicherten erklärte sich damit einverstanden!“ Und man darf nicht vergessen, daß zahlreiche Betriebe usw. Kassenverwaltungen und Gemeindebehörden als Wahlberechtigte alles daran setzen werden, um „Vertreter“ der Versicherten dieses Schlages aus der Wahl hervorgehen zu lassen. Darum ist es Pflicht der Arbeiterschaft, rechtzeitig und sorgfältig die Vorbereitungen für die in den nächsten Monaten vorzunehmenden Wahlen der Vertreter zu treffen. Je geringer die Rechte der Versicherten sind, umso energischer müssen sie wahrgenommen werden. Unter den angegebenen Verhältnissen sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen, wenn die Organisationen nicht auf dem Posten sind. Die Gewerkschaftskartelle tun daher gut, sich baldigst mit dieser Frage zu beschäftigen.

Versammlungskalender.

Siegen. Mitgliederversammlung am 28. März, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Wahl zweier Gewerkschaftsbelegierter. 2. Stellungnahme zum Tarif. 3. Verschiedenes. Referent: Gauleiter Kalb-Frankfurt. Wir bitten, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen zu dieser Versammlung erscheinen.

Hannover. Mitgliederversammlung am 24. März, 8½ Uhr abends, im oberen Saale des Ballhofs, Burgstr. 9. Tagesordnung: 1. Vortrag über Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise. Referent: Gewerkschaftssekretär C. Mey. 2. Abrechnung vom Kappenfest. 3. Verschiedenes.

Nürnberg-Fürth. Mitgliederversammlung am Montag, den 22. März, 8 Uhr abends, im Lokal „Blauer Pfau“, Neugasse. Tagesordnung: 1. Wahl von 2 Revisoren. 2. Abrechnung vom Mastenball. 3. Verbandsangelegenheiten.

Adressenänderungen.

Dortmund. Vorsitzender: Adolf Rehr, Dortmund, Kellstr. 5.

Kassierer: Paul Lehr, Dortmund, Nordstraße 29, 2 Tr.

Biesbaden. Vorsitzender: Georg Biber, Rheinstr. 59. Kassierer: Joseph Otth, Seerodenstr. 9, Hinterhaus 1 Tr.

Anzeigen

Unserem langjährigen Mitgliede Kollegen
Wilhelm Langhammer
zu seinem 25jährigen Arbeits-Jubiläum bei
der Firma C. Dähler übermitteln auf diesem Wege
die besten Glückwünsche!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Unserem lieben Kollegen
Heinrich Thellen
übermitteln wir hiermit die herzlichsten Glückwünsche zu seiner am 20. März stattfindenden
Hochzeit!

Die Kollegenschaft
des „Hamburger Fremdenblattes“.

Unserem Kollegen
Alb. Neißel
zu seinem am 13. März stattfindenden 25jährigen
Arbeits-Jubiläum in der Firma R. Graßmann
die herzlichsten Glückwünsche!

Die Zahlstelle Stettin.

Am Donnerstag, den 11. März, verstarb
unser Verbandskollegin
Elisa Stiebel
(aus der Firma Fischer & W.)
im Alter von 22 Jahren.
Ruhet sei ihr die Erde!

Am Sonntag, den 14. März verschied unser
bewährter Kollege und mehrjähriges Vorstandsmitglied
Felix Löser
im Alter von 40 Jahren.
Wir bedauern in unserem verstorbenen
Kameraden einen unserer besten, welcher sein
Werk nicht vollenden konnte.
Seiner trauernden Familie und auch uns
stark er zu früh.
Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm
die **Mitgliedschaft Leipzig.**
J. A. Schulze.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 12.

Berlin, den 20. März 1909.

15. Jahrgang.

Gewerkschaftsdemokratie.

Von Eduard Bernstein.

II. (Schluß.)

Ein charakteristisches Gegenstück hat dieser Streit zwischen den Mannheimer Metallarbeitern und dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in einem Konflikt, der im vorigen Jahr in der Organisation der englischen Maschinenbauer gespielt hat und damals in England großes Aufsehen machte. Und er ist in der Tat der Beleuchtung wert.

Der Ausgangspunkt dieses Konflikts war der gleiche wie in Mannheim: die Ankündigung einer Lohnherabsetzung. Sie ging im November 1907, vom Unternehmerverband der Schiffs- und Maschinenbaugewerbe der Nordostküste Englands aus und sollte alle dort beschäftigten Arbeiter treffen. Die Stücklohnsätze sollten um 5 Proz., die Zeitlöhne, je nach der Lohnhöhe, um 1—2 Schilling pro Woche herabgesetzt werden. Einige der beteiligten Gewerkschaften, die mit den Unternehmern Schlichtungsverträge haben, erlangten im Einigungsverfahren die Ermäßigung der Lohnherabsetzungen auf die Hälfte, und unmittelbar darauf einigten sich auch die meisten übrigen Gewerkschaften, deren Mitglieder in Betracht kamen, auf diese Bedingungen, denen noch die bindende Zusicherung angefügt war, daß innerhalb 6 Monate nach Inkrafttreten der Reduktion keine weiteren Reduktionen stattfinden, und etwaige spätere Lohnherabsetzungen 2 Monate vor Inkrafttreten angekündigt werden sollten. Nur drei Gewerkschaften, der große Verband der Maschinenbauer und zwei sehr viel kleinere, aber ältere Organisationen von Maschinenbauern, der Gewerksverein der Dampfmaschinenbauer und der Verein der Maschinenbauarbeiter, lehnten die Bedingungen ab, nachdem die Urabstimmung unter ihren Mitgliedern im Distrikt 6140 Stimmen für Verwerfung und nur 1307 Stimmen für Annahme ergeben hatte. Am 20. Februar 1908 traten ihre Mitglieder aus, in kurzer Zeit stieg die Zahl der Ausständigen auf 7000, und noch einige Tausend Arbeiter wurden durch den Ausstand ohne oder wider den eigenen Willen arbeitslos. Da er noch weitere Arbeiterkategorien in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, griff der Minister für Handel und Gewerbe, Lloyd George, ein, neue Verhandlungen fanden statt, und die Gewerkschaftsvertreter erwirkten von den Unternehmern das Zugeständnis, daß bis Ostern 1908 die alten Löhne fortbezahlt werden sollten, während die Frage, ob von da ab die verminderte Lohnherabsetzung um 1 Schilling pro Woche resp. 2½ Proz. der Akkordsätze gerechtfertigt sei, einem zu wählenden Unparteiischen unterbreitet werden solle, dem jede der beiden Parteien die für ihre Auffassung sprechenden Gründe frei vorzulegen hätte.

Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme dieses Kompromißvorschlages. Aber nur bei den Dampfmaschinenbauern fand er eine Mehrheit. Die Maschinenbauarbeiter verwarfen ihn mit 382 gegen 348, die abstimmenden Mitglieder des Maschinenbauerverbandes mit 5483 gegen 2699 Stimmen. Niemand hatte das erwartet und da es schien, daß der Sinn des Kompromißvorschlages mißverstanden worden sei, erwirkte Lloyd George im Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern von den Unternehmern die Verlängerung der Frist zum Zweck einer erneuten Abstimmung. Aufs neue empfahlen die Führer den Mitgliedern die Annahme des Kompromißes. George Barnes, der bewährte Generalsekretär des Verbandes der Maschinenbauer, bereiste den Distrikt und legte den Mitgliedern an den Hauptorten eindringlich die Gründe dar, die für die Annahme sprachen. Aber von guten Freunden wurden die Arbeiter unter Verdächtigung ihrer Führer aufgestachelt nicht nachzugeben, ein Flug-

blatt ward verbreitet, daß sie „zum äußersten Widerstand“ aufrief, und das Resultat war, daß von den Mitgliedern des Verbandes der Maschinenbauer mit 4356 gegen 3693 Stimmen wiederum der Kompromiß abgelehnt wurde. Der Minister gab nun bis auf weiteres die Vermittelung als aussichtslos auf, und der Streik spielte weiter.

Aber noch ein anderes geschah. George Barnes trat von seinem Posten als Generalsekretär des Maschinenbauerverbandes zurück. Niemand hatte ihn dazu aufgefordert, niemand es erwartet. Der Posten ist einer der besten in der ganzen englischen Gewerkschaftswelt. Ein Jahresgehalt von 6000 Mk. nach deutschem Geld und eine schöne Amtswohnung im Zentralgebäude der Gewerkschaft sind dem Sekretär ausgesetzt, abgesehen von dem hohen moralischen Ansehen, das das Amt verleiht. Aus einer solchen Stellung zu scheiden, nachdem man sie seit 11 Jahren innegehabt, ist keine Kleinigkeit, und auch Barnes ist der Schritt nicht leicht geworden. Aber er hielt es für unumgänglich notwendig, den Arbeitern einmal eindrucksvoll klar zu machen, was es bedeutet, unter solchen Umständen den Rat selbstgewählter Führer mit Füßen zu treten. Und als von allen Seiten Briefe einliefen, in denen er bestürmt wurde, sich zur Wiederwahl bereit zu erklären, wies er das Ansuchen charaktervoll mit der Bemerkung zurück, daß dies den Sinn seines Schrittes selbst annullieren hieße. Welches aber dieser Sinn ist, das hat er in seiner Erklärung an den Gesamtverband bekannt gegeben, die als ein bedeutungsvolles Dokument in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung betrachtet zu werden verdient. Nach Aufzählung der im Vorhergehenden geschilderten Vorgänge heißt es dort:

„Zunächst erlaube ich mir die Meinung auszudrücken, daß die Arbeiter der Nordostküste bei ihrer Abstimmung nicht so sehr die Natur der ihnen unterbreiteten Vorschläge als Nebenfragen im Auge hatten, die in die Diskussion hineingetragen worden waren. Sie wurden von der Idee beherrscht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten, um die ihnen oft vorbeklammerte törichte Redensart zu wiederholen. Ihr Urteil war durch Behauptungen beeinflusst, daß ich aus irgend welchen nicht näher angegebenen Gründen verleitet worden sei, mich auf die Seite der Unternehmer zu stellen, und so stimmten sie hauptsächlich in einer Laune, von Groll, den man unter ihnen geübt hatte. Tatsächlich war ihr Vertreter hinzugezogen worden und von Anfang bis zu Ende bei allen Verhandlungen am Platze. Eine größere Vertretung der Rüste war gleich zu Anfang unpraktisch befunden worden, die Gründe dafür damals auseinandergesetzt worden, außerdem wurde, sobald sich die erste Gelegenheit bot, allen Komitees Bericht gegeben. Ferner wurden so früh als nur möglich die Vertrauensmänner der Arbeiter eingeladen und ihnen Aufklärung über alles gegeben. Kurz, alles ist offen und soweit als möglich unter Mitwirkung von Ortsvertretern geschehen. Trotzdem wurden die Vorgänge den Mitgliedern im Distrikt in einer Atmosphäre von Mißtrauen und Verdächtigungen dargestellt, mit dem Resultat, daß örtliches Vorurteil die Entscheidung dafür abgeben soll, daß die Mitgliedschaft der Nordostküste zu ihrem eigenen Schaden in eure Taschen greift. Das ist ein so absolut verkehrter Zustand der Dinge, daß ich es ablehne dabei mitzutun. Die Gesamtmitgliedschaft zählt, und die Gesamtmitgliedschaft soll daher, meine ich, auch die Tonart bestimmen. Nebenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden: ich halte mich ihr gegenüber für verantwortlich und lehne es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbandes mehr ins Gewicht fallen soll als der Gesamtverband. Für mich steht es fest, daß, wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden triftigen Grund oder Anlaß gepöbelt wird — und dies gilt für Ortsbeamte ebenso wie für

Zentralinstanzen —, die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird. Fern sei es von mir, Kritik zurückzuweisen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gerecht sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung behandelt werden. Sonst dürften die Unternehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es einem Teil des Verbandes gestattet sein darf, ohne Zügel und gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbandes zu ziehen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Stein und Wein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung (der Zentralleitung des Verbandes) Wirkungskraft zu geben. Ich nehme natürlich an, daß die Empfehlung durch die Lage der Dinge gerechtfertigt war, und der seitherige Verlauf und andere Umstände bestärken mich darin. Ich sollte vielleicht noch sagen — wie ich es die ganze Zeit über jedem erklärt habe —, daß die Arbeiter der Nordostküste reichlichen Grund zur Beschwerde gegen die Unternehmer haben. Sie haben nicht in gebührendem Maße an der letzten Prosperität Anteil gehabt; man hat sie, als die Geschäfte gut gingen, bewogen still zu halten, und man hat sie durch Angaben dazu bewogen, die sich jetzt deutlich als unrichtig herausstellen. Aber alles das würde (vor dem Unparteiischen) für sie geltend gemacht worden sein, und tatsächlich war schon das Nötige dazu vorbereitet, es geltend zu machen. Das Schlichtungsverfahren bot die Möglichkeit, den Tatsachen des Konflikts auf den Grund zu gehen. Sie (die Arbeiter) haben diesen Weg der Beilegung verworfen und beschloffen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Das heißt, sie haben beschloffen, ohne eure Sanktion eure Kraft einzusetzen und nach meiner Meinung zu verpulvern“.

Soweit Barnes. Der Satz, in dem er davon spricht, daß nach seiner Ansicht Stein und Wein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, um den Empfehlungen des Verbandsvorstandes Wirksamkeit zu geben, spielt auf einen Gegensatz an, der sich zuletzt zwischen ihm und seinen Kollegen im Vorstand des Verbandes der Maschinenbauer einstellte. In der Beurteilung der Sachlage selbst einzig, war man darüber in Streit geraten, ob es nun bei der Situation, die durch die Abstimmung der Mitglieder der Nordostküste geschaffen war, verbleiben solle oder nicht. Barnes vertrat die Ansicht, daß unerbittlich an den Gesamtverein appelliert und die Abstimmung der Mitglieder über die Beseitigung einer Bestimmung im Verbandsstatut eingeholt werden müsse, deren Wortlaut es dem Vorstand direkt verbietet, nach erfolgter Urabstimmung eines Distrikts über einen irgendwo spielenden Lohn- usw. Konflikt sich noch dort einzumischen. Die anderen Vorstandsmitglieder bewarnten zwar gleichfalls, daß dieser Passus ihnen die Hände lähmte, hielten aber die verlangte Urabstimmung für inopportun, und so beschloß Barnes seinen Posten zu opfern, um dem Verband die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes — die ins Extrem getriebene Formaldemokratie — greifbar vor Augen zu führen.

Hätten aber er und seine Kollegen oder die beteiligten Arbeiter in der Sache das Richtige getroffen? Der Ausgang des Kampfes gibt die Antwort darauf. Nachdem die Maschinenbauer ziemlich 6 Monate resultatlos gestreikt hatten, autorisierten sie in der zweiten Hälfte des August 1908 den Verbandsvorstand resp. die drei Verbandsvorstände, von neuem mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, und Mitte September akcep-

tierten sie dann, mit 6409 gegen 3739 Stimmen, das Ergebnis dieser Verhandlungen, das ihnen auch nicht die Spur mehr brachte als ihnen durch den ersten Kompromiß zugesichert worden war. Im Gegenteil. Damals sollten ihnen zunächst die alten Löhne fortbezahlt und die Frage, ob überhaupt eine Reduktion gerechtfertigt sei, von einem Unparteiischen geprüft werden, jetzt wurde abgemacht und von ihnen akzeptiert, daß sofort zum reduzierten Satz gearbeitet werde. Um her Sache ein besseres Gesicht zu geben, folgt der Zusatz, daß eine von beiden Parteien besetzte Konferenz die Mittel beraten solle, in Zukunft durch ein besseres System der Verhandlungen in der Lohnfrage Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden. Mit dieser Verbrüstung, die nichts sagt, was nicht schon längst zu haben war, ist die Arbeit nach 7 Monaten Zustand am 24. September wieder aufgenommen worden. Die Kosten des absolut zwecklosen Streiks für die Organisationen belaufen sich auf über 2 Millionen Mark. Ueber 2 Millionen Mark um ein nichts verpulvert. Stünde der Fall einzig da, so könnte man ihn mit der Redensart abtun, die Ausnahme bestätige die Regel. Aber er hat sich in den letzten Jahren auffällig oft wiederholt, und fast immer mit dem gleichen Ergebnis: Der in der Erregung beschlossene Kampf brachte weniger als die verworfenen Verhandlungen. Wenn die Arbeiter den besser als je gestärkten Unternehmern im Kampf gewachsen sein sollen, dann muß in ihren Organisationen die Demokratie so beschaffen sein, daß das Gefühl als motorische Kraft sein Recht behält, ohne daß dem überlebenden Verstand das Steuer aus der Hand gerissen wird.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Korrespondenzen.

Berlin. Versammlung am 24. Februar 1909. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende den Tod des Kollegen Koster mit. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Hierauf verliest Kollege Reich das Protokoll der Versammlung vom 20. Januar, welches ohne Veränderung angenommen wird. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten einen ganz bedeutenden Umfang in unserem Verufe angenommen hat; demzufolge ist auch eine besonders große Zahl von Ausgesteuerten, ca. 40 im Augenblick zu verzeichnen. Die Zahl der Ausgesteuerten rekrutiert sich zum größten Teil aus Mitgliedern der ehemaligen Zahlstellen I und III, weniger aus Mitgliedern der ehemaligen Zahlstelle II, weil hier die Extranächte und Extraparbeiten günstig für die Arbeitslosen wirken. Um nun den ausgesteuerten Mitgliedern, welche durch die große Arbeitslosigkeit verminderte Aussicht auf baldige Arbeit haben, Hilfe zu leisten, hat der Vorstand beschlossen, eine Extraausstattung an alle die ausgesteuerten Mitglieder zu zahlen, welche zwischen der letzten Unterstützung und erneuter Arbeitslosigkeit nicht länger als 6 Wochen gearbeitet haben und zwar nach Maßgabe der Klasseninteilung. Die Mitglieder erhalten also den für ihre Beitragsklasse festgesetzten ersten Unterstützungssatz und zwar in der Zeit vom 8. Februar bis zum letzten Zahlungstag des März, jedoch nicht länger wie 6 Wochen für jedes einzelne Mitglied. Sollte bis dahin die Arbeitslosigkeit sich noch nicht gebessert haben, so wird der Vorstand Mittel und Wege suchen müssen, um die Allgemeinheit zur Trägung der Lasten mithinzuziehen. Der Vorsitzende bittet um nachträgliche Sanktionierung dieses Vorstandsschlusses, was einstimmig geschieht. Im weiteren wird der Versammlung ein Vorstandsbeschluss unterbreitet, den Abschluss des Kollegen Leiber aus der Organisation zu empfehlen. Durch sein rabiatos Wesen, welches er seinen Mitarbeitern gegenüber zur Schau bringt, wollen diese mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten, zumal ihn nach Ansicht der Kollegen ein ärztliches Attest vor Bestrafung solcher Delikte schützt, auch sonst hat der Kollege Leiber durch Trunkenheit seine Arbeit wiederholt verbummelt. Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Kollegen Bien, Kollege Kreising, Selle, Unte u. a. beteiligen, welche teils für, teils gegen den Ausschluß sind. Das Resultat der Abstimmung war, den Kollegen Leiber für diesmal nicht auszuschließen. Kollege Moritz stellt nunmehr die

Frage, was mit dem Kollegen Leiber geschehen soll. Derselbe bekommt noch 10 Wochen Unterstützung a 15 Mk. In den 3 großen Zeitungsbetrieben ist die Möglichkeit eines Unterbringens ausgeschlossen, weil derselbe dort wegen seines Benehmens entlassen worden ist. Ihn unter die Kaserbefehle einzureihen, siehe das Meer der Kaserbefehle fortgesetzt vergrößern. Die Versammlung beschließt, ihm die Unterstützung zu lassen; sollte aber sein Betragen kein anderes werden, ihn dann aus der Organisation zu entfernen. Infolge der großen Arbeitslosigkeit mußte der Vorstand dafür Sorge tragen, den Aufenthalt für die Arbeitslosen in den Nachweiskräumen so angenehm wie möglich zu gestalten. Es wurden entweichende Ventilationsanlagen und eine bessere Beleuchtung bestellt. Die Versammlung genehmigte die hierfür ausgeworfene Summe von 376 Mk. Am 17. März soll eine Vertrauenspersonensitzung stattfinden, zwecks Abänderung des Vertrauenspersonensystems. Am 28. März findet in den Zentral-Festhallen eine Versammlung verbunden mit einem Lichtbildvortrag des Herrn Dir. Dr. Archenholz von der Treptower Sternwarte statt, zu der die Angehörigen unserer Mitglieder freien Eintritt haben und erucht der Vorsitzende um rege Beteiligung. Einige Unterstützungsgesuche sind eingelaufen. Der Vorstand hat 65 Mk. als Extraausstattung bewilligt. Kollegin Bien erucht die Namen der Gesuchstellenden in der Versammlung nicht bekannt zu geben. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, es weiter so zu handhaben wie bisher, da die Erfahrung gelehrt hat, daß es so am besten sei. Der Kollege Jahnke hat an den Vorstand sein Wiederzunahmegehalt gerichtet, welches abgelehnt werden mußte, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Remuneration des Vorstandes, wurden nach einigen Erläuterungen des Vorsitzenden sowie der Kollegin Teske über den Zweck derselben folgende Summen bewilligt. Der stellvertretende Vorsitzende erhält 200 Mk., der stellvertretende Kassierer 75 Mk., die Schriftführer je 125 Mk. und die Beisitzer je 75 Mk. Die Remuneration ist vierteljährlich zu zahlen. Da durch die Krankheit der Kollegin Bina Friß sich die Neuwahl einer Schriftführerin notwendig macht, wird die Kollegin Auguste Schütz einstimmig gewählt. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Karlsruhe. In der Versammlung am 8. März 1909 hielt Gauleiter Kollege Werner-Stuttgart einen Vortrag über „Unser Kampf ums Dasein und wie erleichtern wir uns denselben“. Erreulich ist daß die Mehrzahl der Kollegen und Kolleginnen, die gewöhnlich durch Abwesenheit glänzen, doch diesmal unserem Rufe Folge geleistet haben. Daß Kollege Werner durch seine lehrreichen Ausführungen allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der stürmische Beifall, welchen Redner am Schluß seines Vortrages erntete. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Kollege Rieger gibt als Mitglied der Agitationskommission einen Ueberblick über die Verhältnisse am Ort. Von über 300 Hilfsarbeitern im Buch- und Steinbruch sind nur 130 organisiert, es liegt daher noch ein großes Feld der Arbeit vor uns und jeder Vertrauensmann und jeder einzelne Kollege und Kollegin müsse fräftig mitarbeiten, die fernstehenden aufklären und zum Verband heranziehen, damit bis zum Ablauf unseres Tarifes alle in unseren Reihen stehen. Nach Erledigung einiger Anfragen ermahnte Kollege Werner in seinem Schlußwort noch einmal die Anwesenden auszuhalten in der Agitation und nicht müde zu werden, dann wird auch der Kampf ums Dasein für jeden einzelnen leichter werden. Es konnten einige Renaufnahmen gemacht werden. Kollege Streicher drückte zum Schluß seine Freude darüber aus, daß die Versammlung die bestbesuchteste bisher war, woraus zu ersehen ist, daß die rege Agitation doch Früchte zeitigt hat. Er hofft und wünscht, daß die Ausführungen des Kollegen Werner auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Wiesbaden. In einer am 9. März gut besuchten Versammlung sprach Kollege Ralb-Frankfurt a. M. über den Zweck und Wert der Organisation sowie über Pflichten und Rechte der Mitglieder unseres Verbandes. Im gegenwärtigen Zeitpunkt der Krise sei es notwendig, daß jeder Arbeiter und Arbeiterin einer Organisation angehöre, da weder Staat noch Gemeinde für die Arbeitslosen Sorge, vielmehr dies als Aufgabe der Gewerkschaften betrachte. Der Staat sei vielmehr dazu da, uns neue Steuern aufzubürden wie Tabak-, Plakat- und Inzeratensteuern, wodurch in unseren Reihen die Arbeitslosigkeit zunehme. Durch unsere Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützungen seien unsere

Kollegen und Kolleginnen vor aller Gefahr und Krisen geschützt. Für unsere Wiesbadener Kollegenchaft sei aber noch ein weiterer Grund vorhanden, sich unserer Organisation anzuschließen; finden wir doch Löhne für Anlegerinnen von 6—12 Mark pro Woche. Für unsere Kollegen aber ist 18 Mk. schon ein hoher Verdienst. Redner verwies auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in anderen Städten und konnte nachweisen, daß die Löhne unserer Kollegen und Kolleginnen in Wiesbaden viel niedriger sind als in den Städten, wo unsere Organisation vertreten ist. Da es aber immer an Arbeitskräften in Wiesbaden mangelte, sei es gewiß nicht schwer, auch hier bessere Verhältnisse zu schaffen. Der einzelne sei dazu aber nicht imstande, vielmehr müsse dies Sache des gemeinsamen Zusammenstehens sein. Redner er suchte deshalb die Anwesenden, sich wie in anderen Städten zusammenzuschließen und die Gründung der Wiesbadener Zahlstelle zu vollziehen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Ziber, Dtl. Hagenbucher und Kollegin Wolf im selben Sinne und forderten zur Gründung der Zahlstelle auf. Frau Wolf appellierte an ihre Kolleginnen, sie sollten sich nicht auf das Heiraten verlassen. Sie selbst ist schon lange verheiratet, habe schon große Kinder und müsse trotzdem und vielleicht noch sehr lange arbeiten gehen. Sämtliche anwesenden Kollegen und Kolleginnen schlossen sich der Organisation an, worauf die Wahl des Vorstandes stattfand. Als Vorsitzender wurde gewählt Georg Ziber, als Kassierer Joseph Dtl., zum Schriftführer Hagenbucher, als Beisitzerinnen 2 Kolleginnen. Ein Kollege und eine Kollegin als Revisoren. Nunmehr schloß der Referent seine Ausführungen mit dem Wunsche, auch dafür Sorge zu tragen, daß die neugegründete Zahlstelle florieren möge. Da die Hälfte der in Wiesbaden Beschäftigten nunmehr unserer Zahlstelle angehört, muß es denselben ein leichtes sein, die andere Hälfte unserer Zahlstelle als Mitglieber zuzuführen, je eher das geschieht desto besser. Allen anderen aber, welche bis jetzt trotz Einladung nicht erschienen sind, wollen wir an dieser Stelle nochmals zurufen: „Kollat dem Beispiele eurer Kollegen und Kolleginnen und tretet der neugegründeten Zahlstelle als Mitglieder bei, denn auch eure Lebenslage ist verbesserungsbedürftig. In der nächsten in 4 Wochen stattfindenden Versammlung hoffen wir auch Euch als Mitglieder begrüßen zu können“.

Literatur.

Von der Sammlung kommunalpolitischer Verhandlungen, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinen, liegt als neuestes Heft eine Arbeit des Genossen Dr. Jafek über die **Trinkwasserversorgung** vor. Das Heft bildet den ersten, in sich abgeschlossenen Teil einer Abhandlung über die Hygiene der Städte, deren zweiter Teil sich mit der Städtereinigung befassen wird. Nach einem geschichtlichen Ueberblick über die verschiedenen Epochen der kommunalen Trinkwasserversorgung vom Altertum bis in die Neuzeit führt uns der Verfasser in das Gebiet der Wasserunternehmung, um sodann in einem weiteren Kapitel die Anforderungen auseinanderzusetzen, die an ein gutes Trinkwasser zu stellen sind. Nicht weniger lehrreich sind die Kapitel über Wasserentnahme und Wasserreinigung sowie über die Trinkwasserversorgung im Deutschen Reich. Die Grundsätze, die für den Wasserverbrauch und Wasserpreis maßgebend sein sollten, schildert der letzte Abschnitt der Schrift. Wir können das Heft unseren Genossen, vor allem den Gemeindebevertretern, auf das angelegentlichste empfehlen. Preis 1 Mk. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.

Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. R. Silberstein-Kirchdorf. Von diesem interessanten Heftchen — das in der bekannten Arbeitergesundheitsbibliothek — im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint — ist jetzt die dritte neu durchgeführte Auflage erschienen. Die rege Nachfrage zeugt am besten für die Nützlichkeit der Arbeit. Um einen Ueberblick über den Inhalt dieses Heftes zu ermöglichen, geben wir einige Titelfüberschriften wieder.

Pflege des Neugeborenen. — Die natürliche Ernährung des Kindes. — Die Entwöhnung. — Die künstliche Ernährung des Säuglings. — Die Zahnung. — Die Haut- und Mundpflege des Säuglings.

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture.